

Offener Brief des DorfwerkStadt e.V. zur Unterbringung von Geflüchteten auf der Mierendorff-INSEL

Wir, der DorfwerkStadt e.V., anerkannter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 75 SGB und Trägerin des vereinfachten Stadtteilmanagements auf der Mierendorff-INSEL in Charlottenburg-Wilmersdorf, haben durch Zufall erfahren, dass im Hotel Plaza, ehemals Econtel, in der Sömmeringstraße insgesamt rund 460 Geflüchtete untergebracht wurden bzw. demnächst werden. Dies geschah auf Anweisung des Landesamtes für Flüchtlinge (LAF), ohne Information des Bezirks! Weder dessen Verwaltung noch im Bezirk tätige Organisationen der Betreuung von Geflüchteten wurden informiert, geschweige denn in die Maßnahme einbezogen.

Aus unserer Sicht entspricht dieses Verwaltungshandeln in keiner Weise dem im letzten Wahlkampf vom jetzt Regierenden Bürgermeister, Kai Wegener, propagierten und tatsächlich dringend notwendigen Verwaltungsumbau: „Wir müssen weg von der organisierten Verantwortungslosigkeit.“ (*Kai Wegener im Tagesspiegel vom 18.11.2022*).

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite des jetzt mit Geflüchteten belegten Hotels wird im März 2024 eine Mobile Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) mit weiteren 570 Geflüchteten belegt. Dies widerspricht dem vom Senat beschlossenen Programm MUF 2.0, wonach diese Gebäude mit maximal 450 Menschen belegt werden sollen. Insgesamt entsteht somit auf engstem Raum ein Ballungszentrum von mehr als 1000 Geflüchteten. Dass dem LAF diese Situation nicht bekannt gewesen war, ist angesichts des Standortes der Behörde, der sich knapp 300 Meter entfernt von den beiden Geflüchteten-Einheiten befindet, nicht vorstellbar.

Wir halten diese „Nacht und Nebel“-Aktion im Hinblick auf eine Transparenz bei diesem hochsensiblen Thema, und unter dem Gesichtspunkt der Integration dieser Personen, für absolut kontraproduktiv und inakzeptabel.

Es muss von Seiten des Senats und des LAFs umgehend Kontakt mit der Bezirksverwaltung und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aufgenommen werden, um einen transparenten Informationsaustausch, zum Beispiel über die geplanten Belegungen, deren genauen Umfang und Zeitraum, zu initiieren. Es gibt auf der Mierendorff-INSEL durchaus kompetente und qualifizierte Personen und Gremien, wie die vom Bezirk beauftragte Stadtteilkoordination und das INSEL-Zukunftsteam als eine Art Ortsbeirat. Hier müssten solche Herausforderungen angesprochen und diskutiert werden, um mitgestaltend nach Lösungen zu suchen. Auch wir, die DorfwerkStadt, von der bei anderen Anliegen gerne und schnell die stets zuverlässige und fachlich versierte Hilfe in Anspruch genommen wird, wurden hiervon nicht in Kenntnis gesetzt.

Es bedarf eines umfangreichen Programms, um einer „Ghettoisierung“ bzw. einer konfrontativen Begegnung mit den unmittelbaren Anwohner*innen entgegenzuwirken. Hierfür müssen u.a. Begegnungsstätten eingerichtet und das bestehende Nachbarschaftszentrum endlich räumlich ausgebaut und dauerhaft finanziell abgesichert werden.

Die DorfwerkStadt, ein gemeinnütziger Verein, der sich mit vielfältigen Aktivitäten (u.a. Sprachkurse, Kleiderbörse, Rechtsberatung) für die Integration von Geflüchteten aktiv in den vergangenen Jahren engagiert hat, meint bei allem Unverständnis über die Ignoranz des Landesamtes für Flüchtlinge, dass weder die Geflüchteten noch die Bewohner:innen der Mierendorff-INSEL im Stich gelassen werden dürfen. Wir wollen an diesem Prozess beteiligt werden und bieten unsere konstruktive Zusammenarbeit an.

Rainer Leppin Stephan Kopschinski Valentin Muth

Vorstand der DorfwerkStadt e.V.